

Neoliberalismus mit "menschlichem Antlitz"? Der dritte Weg der Sozialdemokratie in der Krise

Sandner, Günther

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Sandner, G. (2002). Neoliberalismus mit "menschlichem Antlitz"? Der dritte Weg der Sozialdemokratie in der Krise. *SWS-Rundschau*, 42(2), 148-165. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-165697>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Neoliberalismus mit „menschlichem Antlitz“?

Der dritte Weg der Sozialdemokratie in der Krise

Günther Sandner (Wien)

Der Beitrag setzt sich mit dem dritten Weg der Sozialdemokratie auseinander und bestimmt sein Verhältnis zum Neoliberalismus. Das Augenmerk liegt auf der Politik und Programmatik von New Labour in Großbritannien, weil dort das Konzept des dritten Weges am entschiedensten verfolgt wurde. Das politische Programm des dritten Weges grenzt sich einerseits vom Neoliberalismus ab, greift aber auch Teile seiner Agenda auf. Als Konsensstrategie integriert es widersprüchliche Zielformulierungen, die in der politischen Praxis zu Konflikten führen müssen. Als perspektivisches Konzept für die regierenden sozialdemokratischen Parteien gedacht, scheint der dritte Weg wieder an Bedeutung zu verlieren. Die Konzeption entwickelte zu wenig eigenständiges Profil und politische Konturen, um die neoliberale Doktrin als hegemoniales Projekt abzulösen.

1. Die Ausgangskonstellation

Im europäischen Kontext ist es vor allem die reformierte *Labour Party* in Großbritannien (*New Labour*), die für die neuerliche Renaissance eines (sozialdemokratischen) „dritten Weges“ verantwortlich zeichnet. Der dritte Weg, wie er in die Debatten der europäischen Sozialdemokratien Eingang gefunden hat, weist zahlreiche Verbindungslinien zur US-amerikanischen Diskussion auf. Die Wahl Bill Clintons zum Präsidenten der Vereinigten Staaten im Jahr 1992 und eine anschließende Amerikareise der beiden Labour-Politiker Tony Blair und Gordon Brown im Jänner 1993 bezeichneten den Beginn einer gegenseitigen Beeinflussung der beiden Reformprojekte (Fairclough 2000, 68-72). Die *New Democrats* unter Bill Clinton können folglich als Initiatoren und Mitgestalter einer *Third way*-Debatte gelten. In Kontinentaleuropa wurde der Diskurs vor allem von der deutschen Sozialdemokratie aufgegriffen, die sich umfassend mit *New Labour* programmatisch austauschte. Sie bündelte ihren Ansatz im Schlagwort und politisch-strategischen Begriff der „neuen Mitte“ – womit das Zielpublikum einer nicht mehr klassenbezogen agierenden Linken beschrieben werden sollte. *New Labour* – neue Sozialdemokratie – neue Mitte: Alles neu also? Wie sich an den drei angeführten Beispielen der Debatte um den dritten Weg zeigen lässt, haben diese einige nicht zu übersehende Gemeinsamkeiten:

Alle drei Konzeptionen

1. werden aus der Position einer Oppositionspartei heraus formuliert;
2. reagieren auf eine längere Phase konservativer (und neoliberaler) Hegemonie (gemeint sind die Regierungen Reagan/ Bush, Thatcher/ Major und Kohl);
3. beanspruchen, eine progressive bzw. sozialdemokratische Antwort auf diese Hegemonie gefunden zu haben (in diesem Sinne wird der Neoliberalismus abgelehnt);

4. grenzen sich von bestimmten Inhalten der eigenen politischen Geschichte und programmatischen Tradition ab und behaupten gleichzeitig, diese Tradition in ein zeitgemäßes Gewand gekleidet zu haben (*New Labour* gegen *Old Labour*).
5. Schließlich werden sie aus einer Perspektive nach 1989 formuliert. Obwohl sich die europäischen Sozialdemokratien vom Sowjetkommunismus distanziert hatten, bezeichnete das Jahr 1989 eine Wende in der sozialdemokratischen Politik und Programmatik. Durch das Wegfallen einer *realen* Systemalternative verschwand auch die *theoretische* Debatte darüber. Die Kapitalismuskritik erschien im sozialdemokratischen *Mainstream* nicht mehr diskursfähig. Das Jahr 1989 markierte den Anfang vom Ende: des Endes des real existierenden Sozialismus, des Endes der Ideologien, und auch des Endes der Geschichte (Francis Fukuyama).

Aufgrund dieser gemeinsamen Ausgangskonstellation und des wesentlichen Impulses der britischen Debatte für den europäischen Diskurs konzentrieren sich meine Ausführungen in erster Linie auf die Programmatik und Politik von *New Labour* – es sollen dabei aber auch einige Anmerkungen zur deutschen Sozialdemokratie eingefügt werden. Analysiert werden Texte, die von den Protagonisten des dritten Weges verfasst wurden, also Bücher, Broschüren, Programme und Artikel. Nicht beabsichtigt ist es hingegen, eine empirische Analyse der Wirksamkeit der Politik des dritten Weges in der öffentlichen Meinung oder eine soziologische Analyse der WählerInnenstruktur der neuen Sozialdemokratie durchzuführen. Die Problematik, inwieweit von theoretischen und programmatischen Äußerungen auf die politische Praxis geschlossen werden kann, wird in der Folge thematisiert. Die politischen Prämissen am Ende des Textes verlassen dann die analytische Ebene im engeren Sinne und stellen persönliche Bewertungen dar. Ist es gerechtfertigt, die Frage des dritten Weges der Sozialdemokratie auf Großbritannien zu fokussieren? Es mag zweifellos richtig sein, dass es *multiple third ways* (Cuperus/ Duffek/ Kandel 2001) in der europäischen Sozialdemokratie gibt – zumal ja die Wende der britischen *Labour Party* vielfach auf wenig Begeisterung bei manchen kontinentaleuropäischen SozialdemokratInnen stieß. Der entscheidende Impuls und die umfassendste Debatte in Europa sind aber eindeutig in Großbritannien zu verorten und um diesen Diskurs soll es im Folgenden auch hauptsächlich gehen.

2. Die neoliberale Agenda als Herausforderung

Zumindest ein kurzer Blick soll auf die neoliberale Agenda geworfen werden, deren Herausforderung ja letztlich zur Debatte um den dritten Weg der Sozialdemokratie geführt hat. Was beinhaltet sie? Beim Aufkommen des Begriffes „Neoliberalismus“ Ende der dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts im Kontext der sogenannten Ordo-Liberalen in Deutschland wurde gerade die soziale Komponente hervorgehoben, die den Neo- vom klassischen Liberalismus unterscheiden sollte. Diese Betonung des Sozialen widerspricht der gegenwärtigen Bedeutung des Neoliberalismus-Begriffes. Der Neoliberalismus als politische Ideologie konservativer und marktliberaler Regierungen bezog sich vielmehr auf die Nachkriegsschriften des Ökonomen Friedrich A. Hayek oder auf Milton Friedman und die „Chicago Schule“. Hayek soll einmal gesagt haben,

er könne gar nicht sozial denken, denn er wisse nicht, was das sei (Schaeffer 1998). Auf Hayek und Friedmann haben sich Ronald Reagan und Margaret Thatcher explizit berufen. Die Zurückdrängung des Staates zu Gunsten des Marktes kann als das Kernstück dieser wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Konzeption gelten (Brodbeck 1999). Politikgeschichtlich markiert ein so verstandener Neoliberalismus das Gegenstück zum sozialdemokratisch geprägten Wohlfahrtsstaat. Was zeichnet den neoliberalen Ansatz darüber hinaus aus? Ohne Anspruch auf Vollständigkeit erscheinen fünf Punkte wichtig, die für die sozialdemokratische Reaktion darauf von großer Relevanz sind:

1. eine schroffe Gegenüberstellung von Gesellschaft und Individuum, bei der die individuelle Freiheit als entscheidende Norm fungiert und der Bereich der gesellschaftlichen Verantwortung für das Individuum ausgeblendet wird: „*There is no such thing as society*“, meinte Margaret Thatcher konsequenterweise;
2. eine grundlegende Skepsis gegenüber Modellen politischer Steuerung, die insbesondere für den Bereich der Wirtschaft gilt – demgegenüber postuliert der Neoliberalismus die Überlegenheit der Selbststeuerung durch den Markt;
3. die Forderung nach Deregulierung (Befreiung von staatlichen Eingriffen) und die Ablehnung des wohlfahrtsstaatlichen Modells;
4. die grundsätzliche Akzeptanz gesellschaftlicher Ungleichheit, gegen die keine staatlichen Interventionen/ wohlfahrtsstaatlichen Regulative eingesetzt werden sollen;
5. ein positiv besetzter Globalisierungsdiskurs (im Sinne der freien Entfaltung und Ausbreitung des marktwirtschaftlichen Systems im Weltmaßstab).

Als politisch-atmosphärisches Phänomen, sozusagen auf der Ebene der „Politik der Gefühle“, war es für den neoliberalen Diskurs charakteristisch, dass er sich weitgehend erfolgreich als unbedingt notwendig präsentieren konnte, weil er den ehernen Gesetzen der Ökonomie folge. Bis in die Verwendung der Alltagssprache dominierte er die öffentlichen Debatten. Die Diskreditierung des Wohlfahrtsstaates kann als ein zentrales Moment des Thatcherismus gelten (Stöger 1997, 265–280). Dabei ging es nicht nur um die reale Beschneidung des sozialstaatlichen Aktionsradius durch budgetäre Kürzungen und Privatisierungen, sondern auch um die Durchsetzung hegemonialer Deutungsmuster: Verschwendung, Ineffizienz, Bürokratie, Ausnutzung durch ungerechtfertigte Leistungsbezüge und Unterstützung menschlicher Faulheit reihten sich als assoziative Begriffe um den diskursiv demontierten Sozialstaat. Nach dem Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts, von dem Ralf Dahrendorf gesprochen hatte, sollte das neoliberale Marktmodell ohne Alternative erscheinen. „*There is no alternative*“, stellte Margaret Thatcher fest; die konservativen *Tories* waren im medialen Diskurs zur *natural party of government* geworden.

3. Die Metapher des dritten Weges

Worin besteht nun der sozialdemokratische dritte Weg, der den Neoliberalismus ablösen soll? Ein einleitendes Zitat könnte Verwirrung stiften: „In Zeiten der Globalisierung müssen wir entscheiden, was ist staatliche Bevormundung, und was sind kluge Rahmenbedingungen gegen einen Raubtierkapitalismus. Das Projekt (...) im Jahr 2002

ist der dritte Weg. Wir sind der dritte Weg!“ Diese Aussage stammt vom Vorsitzenden einer politischen Partei in der Bundesrepublik Deutschland, aber nicht von Gerhard Schröder, sondern von FDP-Chef Guido Westerwelle, zitiert aus einem Interview gegenüber der Illustrierten *stern* im September 2001 (stern-online 2001). Das Zitat verweist auf ein zentrales Problem des dritten Weges. Denn mit dem dritten Weg wählte sich die Sozialdemokratie eine historisch arg strapazierte und deswegen auch mit geradezu beliebigen politischen Inhalten füllbare Metapher, mit der kein politischer Diskurs eindeutig zu besetzen ist. Vom Austromarxismus über den Eurokommunismus, von der sozialen Marktwirtschaft bis zur Blockfreienbewegung oder eben als sozialdemokratischer Nachkriegskurs zwischen oder jenseits von Kommunismus und Kapitalismus wurden in der politischen Theorie und Geschichte dritte Wege beschritten (Sandner 2000, 95). Es stellt sich also die Frage, welche politische Funktion das politische Modell eines dritten Weges *allgemein* hat und welche *Spezifik* für die neue, moderne Sozialdemokratie Europas zu konstatieren ist. Die erste Frage soll kurz, die zweite dann etwas ausführlicher beantwortet werden.

Der italienische politische Philosoph Norberto Bobbio entwarf eine Typologie des dritten Weges. Bobbio unterscheidet zwischen dem „einschließenden Dritten“ und dem „eingeschlossenen Dritten“. Während das eingeschlossene Dritte sich zwischen den beiden Polen bewegt, mit denen es sich nicht identifizieren, von denen es sich vielmehr abgrenzen möchte, zielt das einschließende Dritte auf ein „Jenseits“ ab. Das einschließende Dritte hebt die Gegensätze der beiden (alten) Pole in einer Synthese auf (Bobbio 1994, 19). Das Interessante an der Strategie des dritten Weges der Sozialdemokratie ist, dass er eigentlich beide Charakteristika erfüllt oder zumindest erfüllen möchte. Einerseits werden offensichtlich politische Inhalte aus beiden konträren Konzepten (des Neoliberalismus und der alten Sozialdemokratie) bei gleichzeitiger Abgrenzung vom Gesamtkonzept aufgenommen. Andererseits werden aber beide als politische Ansätze präsentiert, die keine zeitgemäßen Antworten auf die neuen gesellschaftlichen Herausforderungen bieten könnten, weil sie veraltete und falsche Strategien und Ideen verfolgten, die es zu überwinden gelte; beide würden von nicht zutreffenden Voraussetzungen ausgehen, in überholten Kategorien denken, Gegensätze konstruieren, die keine wären. Der dritte Weg sei folglich eine Strategie „jenseits von links und rechts“, wie dies sein vielleicht bedeutendster Ideengeber, der britische Soziologe und Politikberater Anthony Giddens (1997), formulierte. Sprachlich wird diese Strategie auf sehr banale Weise umgesetzt: Bisher gegensätzlich gedachte politische Inhalte (z.B. ökonomische Dynamik und soziale Sicherheit) werden in einen Sowohl-als-auch-Diskurs integriert; sie werden nicht als einander ausschließend, sondern als sich gegenseitig ergänzend, wenn nicht einander bedingend, vorgestellt (Fairclough 2000, 43–46).

4. Der Neoliberalismus im dritten Weg

Während – in der Sichtweise der Verfechter des dritten Weges – der Realsozialismus gestorben ist und die alte Sozialdemokratie nur mehr Rückzugsgefechte führt, fordert

ein äußerst lebendiger Neoliberalismus die moderne Linke heraus. Wie positioniert sie sich zum Neoliberalismus, wie nimmt sie ihn wahr? Der dritte Weg der Sozialdemokratie ist ursächlich mit dem neoliberalen Projekt oder genauer gesagt, mit der Ära konservativer Regierungen verbunden, denen eine neoliberale Wirtschaftspolitik zugeschrieben wird. Einerseits, weil er sich dezidiert als Gegenprojekt dazu definiert, andererseits aber auch, weil er auf die neoliberale Herausforderung reagiert, indem er Teile ihrer Agenda modifiziert und abgeschwächt aufnimmt. Im Programm der Labour Party von 1997 wird dieser ambivalente Zugang zum Ausdruck gebracht: „Some things the Conservatives got right. We will not change them. It is where they got things wrong that we will make change“ (Labour Party Manifesto 1997). Nur dort also, wo sich die Konservativen geirrt hätten, erscheint Änderung vonnöten.

Im Diskurs des dritten Weges werden zwei Argumentationsstränge miteinander verbunden, die das Phänomen Neoliberalismus erfassen sollen: ein normativer und ein analytischer. Da wird zum einen, im politisch-polemischen Diskurs, die Kritik am Neoliberalismus als moralische Kritik an einem gleichermaßen asozialen Individualismus formuliert. Die neoliberale Rechte wird hinsichtlich ihres Menschenbildes kritisiert und ihr wird vorgeworfen, aufgrund ideologischer Scheuklappen in zentralen gesellschaftlichen Bereichen und Problemfeldern nicht auf den ökonomischen Wandel, nicht auf Arbeitslosigkeit und sozialen Ausschluss, nicht in den Bereichen Bildung und Ausbildung (re-)agieren zu können. Denn die Furcht vor Eingriffen in das individuelle Freiheitsdogma und die Tabuisierung sozialstaatlicher Aktivitäten verunmöglichten gleichsam notwendige Regulierungen und Interventionen. Liest man Tony Blairs programmatische Schrift „The Third Way“ (Blair 1999), dann ist es genau dieser Unterschied zwischen dem Insistieren auf individueller Freiheit als oberstem Wert und der Einbindung des Individuellen in das Gesellschaftliche in einer kommunitaristischen Rhetorik, die *New Labour* von der Programmatik des vergangenen Regimes unterscheiden soll. Aber dies sollte nicht geschehen, indem die Wertsetzung umgedreht wird, sondern indem in der typischen Argumentationsfigur des dritten Weges behauptet wird, konträr gedachte Zielvorstellungen vereinbaren zu können (Blair 1999). Auf einer analytischen Ebene wird insbesondere in den Schriften von Anthony Giddens ein innerer Widerspruch in der Verbindung aus traditionellem Konservatismus und Marktliberalismus festgestellt, woran der Neoliberalismus schließlich zerbrechen müsste. Denn, so Anthony Giddens:

„Einerseits wendet sich der Neoliberalismus gegen die Tradition und gehört sogar zu den wichtigsten Faktoren, die durch die Förderung von Marktkräften und aggressiv individualistischen Einstellungen allenthalben die Tradition wegfegen. Andererseits ist er auf die Tradition angewiesen, will er die eigene Legitimität und – im Bereich des Nationalen, der Religion, der Geschlechterrollen und der Familie – die Beziehung zum Konservatismus nicht aufs Spiel setzen“ (Giddens 1997, 29).

Der Neoliberalismus gefährdet also aufgrund seiner (normativ betrachtet) individualistischen Orientierung und wegen der widersprüchlichen Verbindung mit dem Konservatismus den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ein dritter Weg soll folglich die Gesellschaft vor dem „Marktfundamentalismus der Neoliberalen“ schützen (Gid-

dens 2001a, 168), wie Giddens dies jüngst formulierte. Denn der Neoliberalismus zerstöre die sozialen und staatsbürgerlichen Rahmenbedingungen, die eine funktionierende Marktwirtschaft benötige. Doch was bedeutet diese Aussage? Wir müssen die Einschätzung des dritten Weges akzeptieren, dass sich ein zukünftiger politischer Diskurs „jenseits von links und rechts“ bewegen wird. Denn andernfalls hieße dies, dass es die politische Funktion der modernen Linken sei, Marktwirtschaft und Kapitalismus vor der Zerstörung durch die neoliberale Rechte zu retten. Tatsächlich geht es nach Anthony Giddens darum, einem „verantwortungsvollen Kapitalismus“ (Giddens 2001a, 169) den Weg zu bahnen.

5. Grundlegende Inhalte

Nach Anthony Giddens (1999, 38) ist es das Ziel des dritten Weges, „über die Sozialdemokratie alten Stils wie den Neoliberalismus hinaus zu gelangen“. Die Frage lautet also, welche Elemente aus diesen beiden Reservoirs übernommen und gegebenenfalls weiterentwickelt wurden und wie sich die Relation dieser beiden zueinander gestaltet. Denn erst dies beantwortet die im Hintergrund stehenden Fragen: Inwieweit ist der dritte Weg noch ein sozialdemokratisches Projekt und inwiefern ist er neoliberal? Oder ist er tatsächlich keines von beiden? Es wird also Zeit, die politischen Inhalte des dritten Weges genauer zu untersuchen.

5.1 Globalisierung – Dynamisierung – Flexibilisierung

Die Globalisierung erscheint in den Texten des dritten Weges als umfassendes Phänomen, das Politik und Gesellschaft zur Verhaltensänderung zwingt. Die Globalisierung selbst ist weder gut noch schlecht, sondern ein unumstößliches Faktum, das weit mehr als die Wirtschaft (aber diese natürlich besonders) – also etwa die Geld- und Finanzmärkte – umfasse, sondern als gesamtgesellschaftliches Phänomen zu interpretieren sei. Globalisierung ist, um erneut mit Anthony Giddens zu sprechen, „Transformation von Raum und Zeit in unserer Lebenswelt“ (1999, 43), was etwa an den rasanten Veränderungen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien beispielhaft veranschaulicht werden kann. Die Globalisierung ist folglich ambivalent: Sie hat einerseits eine bedrohliche Komponente und zeichnet hauptverantwortlich für sozialen und kulturellen Wandel – sie ist aber auch faszinierend. Begriffe wie „Kommunikationsrevolution“ (Giddens 1999, 43) und „modern dynamic economy“ (Blair 1999, 8) reihen sich in positive Assoziationsketten ein, die Bewegung, Veränderung, die Faszination des Neuen suggerieren, von denen auch das *New Labour*-Projekt lebt. Weil die Globalisierung *per se* außer Streit steht, geht es also darum, ihre Chancen zu nützen, was naturgemäß den modernen, dynamischen, flexiblen Teilen der Gesellschaft, also tendenziell jungen, gut ausgebildeten Menschen, besser gelingt als jenem Teil, der dann in der Retrospektive zu den ModernisierungsverliererInnen gezählt werden muss. Es gehe also darum, meint Tony Blair, „den arbeitenden Menschen die Fähigkeit zu verleihen, sich an die Veränderungen anzupassen“ (Blair 1997, 164–165). Von einem „Fitnessstraining“ zur Stärkung der eigenen Marktposition spricht hinge-

gen abschätzig Jürgen Habermas (1999, 431). Im Gegensatz zum Neoliberalismus verspricht der dritte Weg aber, die VerliererInnen dieses Prozesses nicht einfach ihrem Schicksal zu überlassen. Für diese verspricht er nicht Umverteilung und fürsorgende Sozialstaatlichkeit, sondern Hilfe zur Selbsthilfe, lokale Initiativen und Nachbarschaftshilfe. Den Schlüssel dazu stellen Bildung und Ausbildung dar, wodurch die angestrebte Chancengleichheit in einer Gesellschaft erreicht werden soll: „*Education, education, education*“, nannte Tony Blair seine drei wichtigsten politischen Ziele im Wahlkampf für die Unterhauswahlen 1997. Durch verbesserte Ausbildung sollen also Wirtschaft und Humankapital auf die Herausforderungen, die eine globalisierte Wirtschaft und eine wissensbasierte Ökonomie definieren, besser vorbereitet werden.

5.2 *Wirtschaft und Soziales*

Einen besonders auffälligen Bruch mit der sozialdemokratischen Tradition vollzog die Programmatik des dritten Weges im Bereich ihrer wirtschaftspolitischen Konzeptionen. Strategisch ging es bei der *Labour Party* darum, im Sinne einer Öffnung hin zur politischen Mitte mehrheitsfähig zu werden und politische Inhalte, die diesem Ziel im Wege standen, abzuändern. Das rief Spannungen innerhalb der Partei hervor. Eines dieser Kampffelder war die sogenannte *clause 4* im Labour-Programm („Verstaatlichungsklausel“), deren Existenz die *Labour Party* für bürgerliche WählerInnenschichten scheinbar unwählbar machte, die für die Labour-Linke aber ein zentraler Bestandteil ihrer sozialistischen Identität war. Ein anderer Punkt war der starke Einfluss der Gewerkschaften, die ein Hindernis auf dem angestrebten Modernisierungskurs darstellten. Blair konnte den Kurswechsel innerparteilich erfolgreich durchsetzen. Bereits 1995 wurde die Verstaatlichungsklausel aus dem Parteiprogramm gestrichen (Driver/Martell 1998, 26), der gewerkschaftliche Einfluss in der Folge zurückgedrängt. Die Labour-Strategen Peter Mandelson und Roger Liddle entwarfen die Konzeption eines ethischen, nicht-marxistischen Sozialismus, der die britische *Labour Party* auf jenen Weg führen sollte, den die SPD bereits 1959 mit dem Programm von Bad Godesberg beschritten hatte (Mandelson/ Liddle 1996, 29-30). Gesellschaftliche Umverteilung und die mit der alten *Labour Party* verbundene *tax and spend*-Strategie (hohe Steuern zur Finanzierung von Sozialleistungen) sollten der Vergangenheit angehören, Eigeninitiative und soziale Verantwortung großgeschrieben werden.

Im Gegensatz zum Neoliberalismus lehnt der dritte Weg das Modell des Sozialstaates nicht ab, sondern will es in ein System „positiver Wohlfahrt“ (Anthony Giddens) transformieren, in dem der Staat mehr zur Selbsthilfe befähigt als materiell versorgt. Partnerschaftliche Modelle zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor sollen entwickelt werden (Blair 1997, 75-81 und 157). Die „bürgergesellschaftliche Umorganisation von Sozialstaatlichkeit“ weise einen dritten Weg „(v)om Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft“ als „Projekt der Erneuerung des Sozialen im 21. Jahrhundert“ (Kleinert/ Mosdorf 1998, 33-34). Die kontroverseste Positionierung im Wirtschafts- und Sozialbereich nahm das sogenannte „Schröder/ Blair-Papier“ vor, das offensichtlich Prioritäten vorschlägt, die zumindest zum Teil mit dem neoliberalen Programm kompatibel sind: Flexible Märkte seien ein „modernes sozialdemokra-

tisches Ziel“ (Schröder/ Blair 1999, 892), erfahren wir darin, und der Linken wird in diesem im Juni 1999 veröffentlichten Papier eine „angebotsorientierte Agenda“ empfohlen. Gefordert wird weiters ein „positives Klima für unternehmerische Selbständigkeit und Initiative“, Investitionsanreize sollten geschaffen werden, die Unternehmensbesteuerung müsse vereinfacht, die Körperschaftssteuer gesenkt werden. Die Förderung des Mittelstandes und des freien Unternehmertums zählen die beiden Regierungschefs in ihrem Diskussionspapier zu den politischen Prioritäten (1999, 890).

5.3 Sicherheit und Risiko

Während die soziale Sicherheit unter den Bedingungen einer dynamischen, globalisierten Wirtschaft offenkundig immer weniger garantiert werden kann und der „flexible Mensch“ (Richard Sennett) eingefordert wird, erscheint die Sicherheit im Sinne von Verbrechensbekämpfung und Verbrechensprävention zu einem bevorzugten Politikfeld moderner Sozialdemokratie zu werden. Auch hier wird eine deutlich reaktive Komponente deutlich, indem auf Vorwürfe des politischen Gegners und auf das öffentliche Meinungsklima reagiert wird. Denn mit dem Bekenntnis, entschlossen gegen die Ursachen von Verbrechen, aber auch gegen die Kriminalität selbst vorzugehen, kämpfte die Linke gegen die konservative Anschwärzung, nichts zur Verbrechensbekämpfung zu tun, sondern sich nur auf die Verbrechensprävention zu beschränken (was der Haltung entsprang, dass Kriminalität soziale Ursachen hat). Dieser des Utopismus verdächtigen Haltung folgte *New Labour* nicht mehr. Das lässt sich nicht nur an zahlreichen Texten Tony Blairs ablesen, in denen er den Grundsatz „*tough on crime and tough on the causes of crime*“ formulierte (Blair 1999, 14). Drogen und Kriminalität, welche den Zusammenhalt der Gesellschaft gefährdeten, wirksam zu bekämpfen, verspricht auch das Schröder/ Blair-Papier (1999, 888). Dieses Thema kommt im Grundsatz- und Strategiepapier der beiden Regierungschefs auch immer wieder zur Sprache, schließlich wird „Sicherheit auf den Straßen als ein Bürgerrecht“ qualifiziert (1999, 889). Somit wird steigende Unsicherheit im sozio-ökonomischen Bereich von Sicherheitsversprechen im Bereich der inneren Sicherheit kompensiert.

5.4 *One nation* und Zivilgesellschaft

Der dritte Weg basiert auf einer Konsensstrategie. Alle Teile der Gesellschaft sollen zusammenhelfen (*one nation*), um die Herausforderung einer globalisierten Wirtschaft zu bewältigen. Diese Botschaft wird mit einer ausgesprochen inklusiven Rhetorik vermittelt. Die alten Klassenkonzepte erscheinen als obsolet, denn im Modell der *one nation* dominiert das Verbindende, nicht das Trennende. Neue Gegensätze und Teilungen werden ins Spiel gebracht, aber diese werden nicht durch die *soziale Lage* bestimmt, sondern in der Auseinandersetzung zwischen Bewahrern/ Traditionalisten und Modernisierern, zwischen Alt und Neu, geht es um Werte, Haltungen und Einstellungen: Jeder kann modern, innovativ und flexibel sein, der junge Unternehmer genauso wie der kooperationsbereite Betriebsrat, niemand will alt, traditionell und unmodern sein. Eingebettet wird diese neue Gemeinschaftlichkeit in eine Emphase für die Zivilgesellschaft. Auf die kommunitaristische Prägung von Tony Blairs politischer

Konzeption und seines Sozialismus-Begriffes wurde bereits zu Beginn des *New Labour*-Projektes verwiesen (Driver/ Martell 1997).

Die Gesellschaft stellt den Einzelnen Entwicklungschancen zur Verfügung, bringt ihnen Fairness und Solidarität entgegen. Doch dies basiert auf der Voraussetzung gemeinsamer Wertvorstellungen und auf einer gewisser Reziprozität: „Keine Rechte ohne Pflichten“, lautet die umstrittene Formel, mit der die Exponenten des dritten Weges das Grundprinzip auf den Punkt bringen. Wenn die Gesellschaft Arbeit zur Verfügung stellt, dann hat der Einzelne auch die Pflicht, die ihm gebotene Gelegenheit zu ergreifen. Selbst Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung seien besser als Arbeitslosigkeit, weil sie den Einstieg ins Berufsleben wieder erleichterten, führt das Schröder/ Blair-Papier dazu aus (Schröder/ Blair 1999, 894). Der offiziell nicht genannte Mitautor dieses Papiers und damalige Kanzleramtsminister Bodo Hombach formuliert es in seinem Buch „Aufbruch. Die Politik der neuen Mitte“ noch knapper: Jeder Job, behauptet Hombach apodiktisch, sei besser als keiner (Hombach 1998, 200). Zielpunkt ist schließlich die „moderne Teilhabergesellschaft“ (SPD-Wahlprogramm 1998), die das SPD-Wahlprogramm von 1998 anvisierte bzw. die *stake-holder-society* eines Tony Blair, eine Gesellschaft, in der alle zusammen an einem gemeinsamen Aufbauwerk mitwirken. Diese Gesellschaft beruht nicht auf Konflikt, sondern auf Konsens. Gemäß dem Schröder/ Blair-Papier müssten die Bereitschaft und die Fähigkeit der Gesellschaft zum Dialog und zum Konsens wieder neu gewonnen und gestärkt werden: „Wir wollen allen Gruppen ein Angebot unterbreiten, sich in die gemeinsame Verantwortung für das Gemeinwohl einzubringen“ (Schröder/ Blair 1999, 890).

Aber kann es eine Politik geben, die für alle ein Angebot bereit hält, die gestaltet und niemanden vergrämt, die sich aus der Kollision von sozialen Interessen verabschieden und die Zielkonflikte vermeiden kann? Kann man in einer Gesellschaft, in der soziale Ungleichheit in hohem Ausmaß existiert, für Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit eintreten, ohne irgendjemanden damit zu irritieren? Die Regierung von Tony Blair übertrug diese wertorientierte Politik auch auf die Arena der internationalen Politik. Die internationale Gemeinschaft wird in der Folge als moralische Wertegemeinschaft interpretiert; wer sich ihrem Reglement nicht unterwirft, muss mit Sanktionen rechnen. Paradigmatisch kam dies in der deutlichen Befürwortung so genannter „humanitärer Interventionen“ zum Ausdruck – und darüber hinaus in einem starken internationalen Engagement britischer Politik. Der pro-europäische, anti-isolationistische Kurs von *New Labour* wurde von einer Politik flankiert, die Außenminister Robin Cook als „ethische Außenpolitik“ bezeichnete (Callinicos 2001, 3). Im Afghanistan-Konflikt, der auf die Attentate des 11. September 2001 folgte, setzte die britische Regierung ihr Ringen um eine relevante Rolle als internationaler Akteur fort.

5.5 Gleichheit und Gerechtigkeit

Im dritten Weg wird einerseits für politische Pragmatik plädiert und betont, dass Ideologien den politischen Handlungsspielraum nicht einschränken dürften, vor allem in einer Zeit, in der die Frage, was links und was rechts sei, ohnedies nicht mehr so klar wie früher zu beantworten wäre. Andererseits aber wird doch auf eine gewisse Konti-

nuität insistiert und festgehalten, dass der dritte Weg ein Projekt *innerhalb* der Linken sowie Bestandteil des Sozialismus sei und nicht etwas völlig anderes. Nach Anthony Giddens besteht die Herausforderung darin, den zentralen Zielen des Sozialismus zum Durchbruch zu verhelfen, obwohl sich das ökonomische System des Sozialismus diskreditiert habe (1999, 11). Um diese Argumentation stringent und logisch-strukturiert zu gestalten, sind zwei gedankliche Operationen erforderlich. Die erste Operation besteht in der Bestimmung einer neuen Ziel-Mittel-Relation: Die alte Sozialdemokratie oder *Old Labour* hätten Ziele und Mittel miteinander verwechselt. So sei z.B. die Verstaatlichung von Teilen der Industrie als Ziel an sich und nicht als Mittel zur Erreichung größerer sozialer Gerechtigkeit interpretiert worden. Von dieser Logik gelte es sich nun zu lösen. Die zweite Operation basiert auf der Absicht, dass die sozialistischen Ziele beibehalten, die Mittel zu ihrer Erreichung aber den neuen Gegebenheiten angepasst werden sollten. Problematisch ist sicherlich einerseits, dass eine gewisse Beliebigkeit in der Zielformulierung herrscht und andererseits Zielkonflikte nicht berücksichtigt werden. (Chancen-) Gleichheit, Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Solidarität, aber eben auch Fairness und Verantwortung werden als Ziele des dritten Weges aufgezählt (Schröder/ Blair 1999, 888).

Wollen wir mit Anthony Giddens annehmen, dass es vor allem um die Fragen der Gleichheit, der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit geht, so zeigt sich, dass dieses Gedankenmodell nicht unbedingt stimmig ist. Denn es geht nicht nur um eine veränderte Bestimmung der Ziel-Mittel-Relation, sondern eben auch um eine Neubestimmung der Werte und Ziele selbst. Dass Werte und Ziele auch politisch-funktional entscheidend sind, wird hervorgehoben, besteht darin doch ein zentrales Differenzkriterium. „Mangels eines Befreiungsmodells“, führt Giddens dazu aus, „wird die Selbstbeschreibung als ‚Links‘ tatsächlich in erster Linie zu einer Frage der Werte“ (Giddens 2001a, 47-48). So wird Gleichheit nicht als soziale Gleichheit interpretiert, die es über materielle gesellschaftliche Umverteilungs- oder Steuerpolitik anzustreben gilt, sondern als Chancengleichheit – alle sollten etwa den gleichen Zugang zur Bildung haben. Auch diese Gleichheitsvorstellung vermag das Schröder/ Blair-Papier wieder eindrucksvoll zu definieren: Es gehe um Gleichheit am Start, nicht um Gleichheit im Ergebnis (Schröder/ Blair 1999, 889). Die ungleiche Verteilung von Reichtum, im Ergebnis gewissermaßen, wird vor allem deswegen abgelehnt, weil sie die Chancen künftiger Generationen verzerrt. „Dass Bill Gates es zu enormem Reichtum gebracht hat, ist kein Problem“, formuliert Giddens, „solche ökonomischen Privilegien umstandslos auf die nachfolgenden Generationen übergehen zu lassen, aber sehr wohl“ (Giddens 2001a, 114).

Negativ formuliert bedeutet ein derartiger normativer Gleichheitsbegriff auch die Bekämpfung des sozialen Ausschlusses, doch wann dieser – am oberen wie am unteren Ende der Gesellschaftsskala – beginnt, stellt schon eine schwierigere Frage dar. Der Freiheitsbegriff, dessen völlige Ausblendung Ralf Dahrendorf (1999) im Diskurs des dritten Weges kritisiert hat, taucht in den Schriften von Anthony Giddens sehr wohl auf; er bezeichnet die Steigerung der individuellen Handlungsautonomie, die aber an gesellschaftliche Verantwortung rückgekoppelt wird – und sich somit vom neoliberalen

len Freiheitsbegriff unterscheiden soll. Soziale Gerechtigkeit lässt sich wohl am ehesten mit Fairness übersetzen; partnerschaftliche Modelle zwischen Individuen und sozialen Gruppen sollen das ersetzen, was in der Retrospektive zur „autoritären Gerechtigkeitsutopie“ der alten Linken mutiert (Kleinert/ Mosdorf 1998, 249).

6. Ein dritter Weg für die österreichische Sozialdemokratie?

Wenn Neoliberalismus im hier verstandenen Sinne nicht nur durch „objektive“ sozio-ökonomische Faktoren definiert wird (z.B. geringes Ausmaß sozialstaatlicher Leistungen, Privatisierung öffentlicher Sektoren, etc.), sondern auch als politisch-diskursives Phänomen, sollte deutlich werden, dass auch die Zweite Republik in Österreich seit Mitte der achtziger Jahre im neoliberalen Sinne beeinflusst wurde. Denn nicht nur tatsächliche Privatisierungsmaßnahmen und Einsparungen im Sozialbereich, sondern die Bedeutung von Sozialstaatlichkeit im öffentlichen Diskurs insgesamt sind damit gemeint. Auf politischer Ebene vertreten Teile der ÖVP (etwa der Wirtschaftsflügel) neoliberale Politikinhalte, aber auch der radikale Rechtspopulismus (in Österreich repräsentiert durch die FPÖ) rezipiert teilweise die neoliberale Agenda (Betz 1994). Die Konnotation des Sozialstaates als bürokratisches, ineffizientes Modell und das Schlagwort des grundsätzlich schlecht wirtschaftenden Staates wurden lange vor dem Regierungswechsel zu einem Bestandteil der öffentlichen Meinung. Die hohe Akzeptanz einer Politik des „Nulldefizits“ hat eine Vorgeschichte, die sicherlich länger ist als jene der Regierungskoalition aus ÖVP und FPÖ. Dennoch existierte in Österreich eine völlig andere Ausgangslage als etwa in Großbritannien: Eine lange sozialpartnerschaftliche Tradition des Interessenausgleichs, eine sozialdemokratische Partei in jahrzehntelanger Regierungsverantwortung und eine relativ stabile, konsensorientierte politische Kultur haben zu weit weniger sozialen und politisch-kulturellen Veränderungen geführt als dies in Großbritannien während der langen Regierungsphase der Konservativen (1979–1997) der Fall war. Doch diese Konstellation führte auch dazu, dass die Sozialdemokratie einer programmatischen Neuorientierung erst relativ spät politische Priorität einräumte. Nach ihrem unfreiwilligen Gang in die Opposition wirkte sie einigermassen konzeptlos.

Inwieweit der dritte Weg in der gegenwärtigen Diskussion der SPÖ eine Rolle spielt, lässt sich vorsichtig abschätzen: Im aktuellen Grundsatzprogramm der österreichischen Sozialdemokratie werden bestimmte Inhalte des Diskurses über den dritten Weg aufgegriffen (z.B. Bildung und Ausbildung als Schlüssel zur Chancengleichheit), aber nicht gegen das Modell materieller Verteilungsgerechtigkeit ausgespielt (Grundsatzprogramm 1998). Bei seiner Rede am 36. Bundesparteitag in Wien Oberlaa sprach sich der Parteivorsitzende Alfred Gusenbauer dezidiert dagegen aus, ein Modell, das in Großbritannien seine Richtigkeit erweisen könnte, auf die österreichische Situation zu übertragen (Gusenbauer 2000). Somit lassen sich insgesamt Anzeichen einer Distanzierung vom Konzept des dritten Weges erkennen. Alfred Gusenbauer scheint sich vielmehr vom „Harvard-Kreis“ inspirieren zu lassen, einem Zirkel progressiver und linker Wissenschaftler in den Vereinigten Staaten, die den dritten Weg ablehnen (Der

Standard, 3. 12. 2001, 6). Die Rhetorik des SPÖ-Vorsitzenden stimmt zwar bei der Integration des scheinbar Widersprüchlichen mit dem strategischen Ansatz des dritten Weges überein, wie die angestrebte „kluge Balance zwischen Wettbewerb und Solidarität“ (Gusenbauer 2001) dokumentiert. Jeder Eindruck einer Identifikation mit dem britischen Politikkonzept soll aber offensichtlich vermieden werden. Aufschlussreich wird sicher die Beantwortung der Frage sein, inwieweit die charakteristischen Inhalte des dritten Weges sich letztlich in den Ergebnissen des laufenden Diskussionsprozesses im Rahmen des „Netzwerk Innovation“ widerspiegeln werden, das der SPÖ-Vorsitzende eingerichtet hat (<http://www.netzwerk-innovation.at>). Die abflauende Konjunktur des Konzeptes eines dritten Weges auch in anderen Parteien der europäischen Sozialdemokratie lässt es in jedem Fall als äußerst unwahrscheinlich erscheinen, dass die SPÖ diesen Diskurs in Zukunft aufnehmen wird. In einem Gespräch mit der Tageszeitung „Der Standard“ (16./17.3.2002, 2) distanzierte sich SPÖ-Vorsitzender Gusenbauer neuerlich vom dritten Weg: „Mir geht es darum, einen antimonopolistischen Wettbewerb in Gang zu setzen, wobei die politischen, sozialen und ökonomischen Strukturen gleich behandelt werden. Das war beim Dritten Weg nicht der Fall, daher ist er so verschwunden, wie er gekommen ist.“

7. Der dritte Weg in der Sackgasse – das Ende eines politischen Projektes?

Die Frage, inwieweit die Debatte um einen dritten Weg die Politik der europäischen Sozialdemokratie verändert hat, ist nicht ganz leicht zu beantworten. Denn zum einen ist unter dem Schlagwort des dritten Weges insbesondere in der tagespolitischen Berichterstattung oft das zusammengefasst worden, was gerade der jeweiligen Politik des britischen Regierungschefs entsprach. In diesem Sinne musste die Theorie des dritten Weges praktisch werden. Der dritte Weg hatte aber auch von Beginn an die Tendenz, eine Art nachträgliche Legitimation von Politik zu sein: es ging darum, die an die Macht gekommenen Sozialdemokratien mit einer programmatischen Basis für ihre Arbeit zu versorgen. Als politische Theorie und Programmatik sollte er aber auch in die Zukunft weisen. Wohin führt der dritte Weg?

7.1 Der dritte Weg als politische Theorie

Die Debatte um die Programmatik des dritten Weges hat sehr viel Kritik an seinen Verfechtern hervorgerufen. Anthony Giddens hat sich ausführlich mit dieser Kritik auseinandergesetzt und den nicht ganz unberechtigten Vorwurf erhoben, dass diese Kritiker – und unter ihnen insbesondere jene, die den dritten Weg sozusagen von links kritisieren – ebenfalls relativ wenig zur Präzisierung ihrer davon abweichenden politischen Konzeptionen beigetragen haben (dazu Giddens 2001a). Im Aufwerfen der Fragestellung, was in unserer heutigen Gesellschaft die grundlegenden politischen Kategorien „links“ und „rechts“ eigentlich bedeuten, wie sich die Linke zu den zentralen Herausforderungen im Sozialen, der Globalisierung und der Ökologie positionieren soll, liegt ein zentrales Verdienst dieser Debatte. Die Dritte-Weg-Konzeption trägt der Tatsache Rechnung, dass Regieren und politisches Gestalten in der länger-

fristigen Perspektive über eine politische Konzeption und Programmatik verfügen muss, und dass es einer fundierten Basis bedarf, um zentrale politische Funktionen zu erfüllen: beispielsweise argumentierend zu überzeugen, zu mobilisieren, Identität und Zusammenhalt im Inneren herzustellen, aber auch Konturen und Gegensätze nach außen zu repräsentieren. Wir können dies – zumindest zum Teil – in den Texten des dritten Weges als Motivation und Grundlage für die Eröffnung dieser Debatte nachlesen.

Das Projekt des dritten Weges hat somit auf die unbestreitbare Notwendigkeit reagiert, dass die politische Auseinandersetzung nicht nur im Rahmen politischer Institutionen und auf der Ebene von Wahlen geführt wird, sondern dass es längerfristig auch um die Beherrschung des öffentlichen Meinungsklimas, um das Vorgeben der Themen, um das Besetzen der Begriffe, um den *common sense* geht. Die neoliberale Hegemonie zeichnete sich dadurch aus, dass kein anderer Weg mehr denkbar erschien. Sie formulierte, wenn man so will, das herrschende (politische) Paradigma, wie es der Wissenschaftsforscher Ludwik Fleck in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts für die Durchsetzung der von ihm so genannten Denkstile beschrieben hatte: „Wenn eine Auffassung genug stark ein Denkkollektiv durchtränkt, wenn sie bis ins tägliche Leben und bis in sprachliche Wendungen dringt, wenn sie im Sinne des Wortes zur Anschauung geworden ist, dann erscheint Widerspruch undenkbar, unvorstellbar“ (Fleck 1993, 41). Politische Machtausübung ist wohl dann am effizientesten, wenn keine Alternative plausibel zu machen ist. So etwas war mit der im britischen Diskurs geprägten Formulierung von der *natural party of government* gemeint. „In the old days“, meinte Stuart Hall augenzwinkernd zu dieser spezifischen Ausprägung von Regierungsparteien, „we used to call them hegemonic“ (Hall 1998, 9). Sehr wenig spricht dafür, dass der dritte Weg in diesem Sinne hegemonial geworden ist. Das hängt natürlich nicht nur, aber auch mit theoretischen Schwächen zusammen. Der dritte Weg ist bis heute ein konturloses, ein vielfach unbestimmtes Projekt geblieben. Gerade auch Anthony Giddens verfällt gerne in die Möglichkeitsform, wenn es darum ginge, konkrete politische Aussagen zu treffen. Zur Frage der Tobin-Steuer, also der Frage, inwieweit internationale Finanzspekulationen einer Steuer unterliegen sollten, fällt ihm etwa folgendes ein: „Der bereits vor etlichen Jahren unterbreitete Vorschlag, spekulative Devisengeschäfte zu besteuern, muss ernsthaft geprüft und diskutiert werden“ (Giddens 2001a, 143). Ist das – nach jahrelanger öffentlicher Debatte – nicht etwas wenig?

7.2 Der dritte Weg als politische Praxis

Betrachtet man die Situation in Großbritannien seit der Regierungsübernahme durch die *Labour Party* 1997, so gibt es ohne Zweifel Konsequenzen auf der praktischen Ebene, die mit den theoretischen Weichenstellungen eines dritten Weges harmonisieren. Die Partei von Premier Tony Blair und Finanzminister Gordon Brown konnte nach ihrer ersten Amtszeit ein Programm präsentieren, das scheinbar – wie es der dritte Weg versprach – ökonomische Dynamik und soziale Fairness miteinander zu verbinden wusste: Stetiges Wachstum, niedrige Arbeitslosenzahlen, die geringste In-

flationsrate seit dreißig Jahren und über eine Million neuer Arbeitsplätze wurden als Erfolge präsentiert, die auch dem linken WählerInnenspektrum vorgezeigt werden konnten. Die Labour-Regierung verankerte den gesetzlichen Mindestlohn, subventionierte mit dem *welfare to work*-Programm Arbeitsplätze und initiierte ein Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramm für Jugendliche; sie setzte Umverteilungseffekte in Gang und beeinflusste die Einkommensstruktur: Die Realeinkommen der unteren 10 Prozent der Bevölkerung stiegen, während die der oberen 10 Prozent um 0,7 Prozent sanken (Krönig 2001a). Unbestritten ist aber auch, dass in die öffentliche Infrastruktur, dass in Bildung und Gesundheit, viel weniger investiert als politisch angekündigt wurde. Der NHS (*National Health Service*) benötigt dringend Neuinvestitionen, die *New Labour* bislang nicht vorgenommen hat. Die gesundheitliche Versorgung der britischen BürgerInnen ist bis dato in vielen Bereichen nur unzureichend gesichert. Neben der Misere des öffentlichen Verkehrssystem ist das Gesundheitswesen jenes Politikfeld, in dem *New Labour* weit hinter ihren (wahl-) programmatischen Ansprüchen zurückgeblieben ist (Neue Zürcher Zeitung, 30. 11. 2001, 6). Denn der freie Zugang zu gesundheitlicher Versorgung und Bildung stellt einen Eckpfeiler des *New-Labour*-Projektes dar. Zudem haben zwei Erfolgsfaktoren der Regierung Blair nur indirekt mit der von ihr gestalteten Politik zu tun: Es existiert ein öffentliches Meinungsklima, das die Konservativen für den bis heute desaströsen Zustand der öffentlichen Infrastruktur verantwortlich macht – und die Popularität von Privatisierung und der mit ihr ursächlich verbundenen *Tories* ist entsprechend gering. Im Vorfeld der Unterhauswahlen vom 7. Juni 2001 sprachen sich mehr als zwei Drittel der BritInnen dafür aus, dass die Privatisierung der Eisenbahn wieder rückgängig gemacht werden sollte (Krönig 2001b). Zudem regierte *New Labour* in der ersten Wahlperiode vor dem Hintergrund einer sehr günstigen weltwirtschaftlichen Konjunkturlage. Doch nun verlangsamt sich das Wachstum der britischen Wirtschaft (Neue Zürcher Zeitung, 28. 3. 2002, 10). Wie wird *New Labour* reagieren, wenn die Verteilungsspielräume enger werden? Wenn die Alternative zwischen Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen das politische Spektrum polarisieren sollte? Wie kann eine Politik darauf reagieren, die scheinbar keine Gegner hat und auf nationalen Konsensstrategien beruht? Konsequenterweise fordert mittlerweile auch Anthony Giddens von *New Labour* ein deutlicheres ideologisches Profil und klare Aussagen dazu, auf welcher Vorstellung einer zukünftigen Gesellschaft die Politik der britischen Sozialdemokratie basiert (Giddens 2002).

7.3 *Jenseits des dritten Weges*

Der dritte Weg ist sicherlich mehr als ein „Neoliberalismus mit menschlichem Antlitz“. Er ist der durchaus ernstgemeine Versuch sozialdemokratischer Politik, ein gesellschaftliches Bündnis zur Erreichung einer demokratischen Mehrheit in der Gesellschaft zu schmieden. Sowohl in der Theorie als auch in der Praxis werden klare Differenzen zum neoliberalen Modell gesetzt. Die Politik von *New Labour* hatte Umverteilungseffekte und setzte im Sozialen Akzente, die vom Thatcherismus zu unterscheiden sind. Die Schriften von Anthony Giddens formulieren in ihrem Insistieren

auf Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit klare Kontrapunkte zu einem Modell des *survival of the fittest* – mit der Betonung von Gesellschaft wird zudem eine eindeutig verschiedene Prioritätensetzung vorgenommen. Gleichzeitig übernimmt das Modell des dritten Weges aber auch wesentliche Prämissen der neoliberalen Herausforderung (Privatisierung, weniger Staat, Senkung von Unternehmensteuern, etc.), die als grundsätzlich vereinbar mit den eigentlichen Werten der Sozialdemokratie dargestellt werden. Daraus resultiert letztlich eine Konzeption, die gesellschaftliche Widersprüche zugunsten eines Gesamtinteresses relativiert und gemeinsame Interessen auf einer Ebene der Werte postuliert, ohne die notwendigerweise widerstreitenden Interessen auf der Ebene des Sozialen zu berücksichtigen. Ob dies längerfristig gelingen kann, ist zu bezweifeln und die Anzeichen für eine grundlegende Krise des dritten Weges, der schon bald wieder zu einem Phänomen der Politikgeschichte werden könnte, verdichten sich. Wie könnte eine Perspektive jenseits des dritten Weges eröffnet werden?

Vier Prämissen sollen dazu formuliert werden:

1. Die Prämisse der gesellschaftlichen Teilung

Die Diagnose von der „wissensbasierten Ökonomie“, von der Dynamik der Globalisierung und den daraus resultierenden Chancen, sowie die Forderung, dass alles neu zu definieren sei, weil die alten Kategorien nicht mehr greifen könnten, sollten nicht von einem grundlegenden Faktum ablenken, das als wesentlicher Ausgangspunkt linker Politik gewertet werden muss: Gemeint ist das Faktum der sozialen Teilung der Gesellschaft, das im Rahmen sozialdemokratischer Analyse und Programmatik üblicherweise im Begriff der Klassengesellschaft gebündelt wurde. Ist dieses Konzept wirklich vollständig obsolet geworden? Mit der „Internet-Linie“ wird in der Informationsgesellschaft eine gesellschaftliche Trennlinie bezeichnet, die einen grundlegenden Widerspruch zum Ausdruck bringt. Unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen partizipieren auf unterschiedliche Weise von den neuen Möglichkeiten der Informationstechnologien. Die schlecht bezahlten Lohnabhängigen, die viel fernsehen und kaum Bücher lesen, profitieren weniger als die Wohlhabenden, gut Ausgebildeten von den neuen Chancen in der Wissensgesellschaft: Auch wenn Faktoren wie Konsumstile oder Alter als Element der sozialen Differenzierung zusätzlich an Bedeutung gewonnen haben: Bildung und Besitz sind nach wie vor zentrale Elemente gesellschaftlicher Teilung – und das ist nun einmal charakteristisch für eine Klassengesellschaft (Nolte 2001). Fragen der Umverteilung können also nicht von der Frage der Chancengleichheit getrennt oder gegen diese ausgespielt werden.

2. Die Prämisse des politischen Konflikts

Durch die integrative, konsensuale Sprache und die Unbestimmtheit und mangelnde Konkretisierung in der Argumentation fällt es innerhalb des Diskurses des dritten Weges schwer, gesellschaftliche Differenzen und Konflikte zu benennen. Der dritte Weg verfügte über keine Konflikttheorie. Doch gerade vom Konflikt lebt das Politische, lebt die Demokratie. Vielleicht hängt es mit dieser oft diffusen Rhetorik zusam-

men, dass der dritte Weg weder intellektuell noch emotional besonders berührt. Es muss ja nicht gleich um das Wecken politischer Leidenschaften gehen, wie es Chantal Mouffe (1999) in ihrer Kritik an der österreichischen Sozialdemokratie angesichts der rechtspopulistischen Herausforderung gefordert hat. Aber das deutliche Eintreten für die Gemeinschaft und für die übergeordneten, verbindenden Werte der Gesellschaft verdeckt, dass die Interessenstruktur einer Gesellschaft nicht homogen ist. Dies führt zu leicht dazu, politische Widersprüche in moralische Kategorien zu übersetzen, die Gesellschaft in Sozialorientierte und Individualisten, in Neues und Altes, in Gut und Böse zu unterteilen. Sollte die Gesellschaft nicht politisiert statt moralisiert werden?

3. Die Prämisse des Kampfes um kulturelle Hegemonie

Das politische Modell des dritten Weges reagierte auf ein Phänomen, das man als nicht nur politische, sondern auch als kulturelle Hegemonie des Neoliberalismus bezeichnen könnte. Die Herrschaft der neoliberalen Doktrin fand ihren Ausdruck nicht allein in institutioneller Herrschaft, sondern auch in einer Dominanz im Denken, der öffentlichen Meinung, den Köpfen der Menschen, im *common sense*. Der dritte Weg der Sozialdemokratie stellt eine unmittelbare Reaktion auf diese Konstellation dar. Es galt, die neoliberale Hegemonie zu brechen. Aber das Erreichen von Hegemonie setzt voraus, klare politische Prioritäten zu setzen. Diese dürfen – als Regierungsprogramm und als Politik mit Gestaltungsanspruch – nicht nur über das Ressentiment erzeugt werden (wie im Rechtspopulismus). Hegemonie besteht darin, die eigenen Vorstellungen als gesellschaftlichen Konsens zu etablieren und nicht darin, die eigene Programmatik am existierenden Konsens auszurichten.

4. Die Prämisse kompromissloser Programmatik

Der dritte Weg wurde als eine Kompromissformel konzipiert und will sich doch als einzig gangbare Alternative präsentieren. Ein politisches Projekt muss sich zunächst einmal durch klare Zielvorstellungen und Perspektiven definieren, und die zwangsläufigen Filter bei der praktischen Umsetzung von Programmen (z.B. Machtressourcen) nicht schon bei der Zielformulierung inkludieren. Das Eintreten für die sozial Schwachen, für soziale Gerechtigkeit, für Gleichheit und kulturelle Toleranz muss zwangsläufig mit konträren politischen Interessen kollidieren – Zielkonflikte sind somit unvermeidlich. Politische Programmatik bezeichnet auch das über die unmittelbare Gegenwart Hinausweisende, das Formulieren von Zielvorstellungen, die nicht schon gedanklich relativiert werden, bevor sie noch zu Papier gebracht worden sind – von Utopien soll da erst gar nicht geredet werden. Das ideologische Terrain, das die Konzeption des dritten Weges als gegeben und nicht mehr als beliebig wählbar ansieht, reicht viel zu weit. Denn um etwas mehr als um einen „utopischen Realismus“ (Giddens 1999, 256) sollte es wohl gehen.

Es ist still geworden um den dritten Weg. Im letzten britischen Wahlkampf kam er kaum noch vor, in der deutschen Sozialdemokratie wird der Begriff längst vermieden. Die Debatte scheint sich nunmehr auf die Ebene der Denzkirkel verlagert zu haben. Auch wenn die Relevanz dieser Debatten für die politische Praxis von den Protago-

nisten des dritten Weges nach wie vor betont wird (Giddens 2001b), kontrastiert damit auffallend die geringe Bezugnahme der politischen Akteure auf das Konzept. Doch auch wenn dieser dritte Weg schon ans Ende gekommen sein sollte, dann wird er nicht die einzige politische Alternative zum Neoliberalismus gewesen sein.

Literatur

- Arbeit, Innovation, Gerechtigkeit (1998) *SPD-Wahlprogramm für die Bundestagswahl 1998*. Bonn (= Wahlprogramm 1998).
- Betz, Hans-Georg (1994) *Radical right-wing populism in Western Europe*. Basingstoke u.a.
- Blair, Tony (1997) *Meine Vision*. Stuttgart.
- Blair, Tony (1999) *The Third Way. New Politics for the New Century*. London.
- Bobbio, Norberto (1994) *Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung*. Berlin.
- Brodbeck, Karl-Heinz (1999) *Neoliberalismus*, verfügbar unter: <http://home.t-online.de/home/brodbeck/neolib.htm>, 30. 11. 2001.
- Callinicos, Alex (2001) *Against the Third Way*. Cambridge.
- Cuperus, René/ Duffek, Karl/ Kandel, Johannes (Hg.) (2001) *Multiple Third Ways. European Social Democracy facing the Twin Revolution of Globalisation and the Knowledge Society*. Amsterdam/ Berlin/ Wien.
- Dahrendorf, Ralf (1999) *The Third Way and Liberty*. In: Foreign Affairs, Vol. 78, Nr. 5, 13-17.
- Driver, Stephen/ Martell, Luke (1997) *New Labour's Communitarianisms*. In: Critical Social Policy, Vol. 17, Nr. 3, 27-46.
- Driver, Stephen/ Martell, Luke (1998) *New Labour. Politics after Thatcherism*. Cambridge.
- Fairclough, Norman (2000) *New Labour, New Language?* London/ New York.
- Fleck, Ludwik (1993/ Orig. 1935) *Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv*. Frankfurt.
- Giddens, Anthony (1997) *Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie*. Frankfurt.
- Giddens, Anthony (1999) *Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie*. Frankfurt.
- Giddens, Anthony (2001a) *Die Frage der sozialen Ungleichheit*. Frankfurt.
- Giddens, Anthony (2001b) *Introduction*. In: Giddens, Anthony (ed.). *The Global Third Way Debate*. Cambridge, 1-21.
- Giddens, Anthony (2002) *Where Now for New Labour?* London.
- Grundsatzprogramm (1998) *Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ), beschlossen am 30./ 31. Oktober 1998*, verfügbar unter: <http://www.spoe.at/index1.htm>, 30. 11. 2001.
- Gusenbauer, Alfred (2000) *Rede des Vorsitzenden zum 36. ordentlichen Bundesparteitag in Wien Oberlaa*, verfügbar unter: <http://www.spoe.at/index1.htm>, 1. 12. 2001.
- Gusenbauer, Alfred (2001) *Österreich in einer veränderten Welt. Erklärung des SPÖ-Vorsitzenden Alfred Gusenbauer*, 11. Dezember 2001 (Wien), verfügbar unter: <http://www.spoe.at/index1.htm>, 15. 12. 2001.
- Habermas, Jürgen (1999) *Der europäische Nationalstaat unter dem Druck der Globalisierung*. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 4, 425-436.
- Hall, Stuart (1998) *The Great Moving Nowhere Show*. In: Marxism Today, Special Issue, Nov./ Dec. 1998, 9-14.
- Hombach, Bodo (1998) *Aufbruch. Die Politik der neuen Mitte*. München/ Düsseldorf.
- Kleinert, Hubert/ Mosdorf, Siegmund (1998) *Die Renaissance der Politik. Wege ins 21. Jahrhundert*. Berlin.
- Krönig, Jürgen (2001a) *Die Demut des Tony Blair*, in: Die Zeit – online, verfügbar unter: http://www.zeit.de/2001/21/Politik/200121_blair-report.html, 1. 12. 2001.
- Krönig, Jürgen (2001b) *Insel der Katastrophen*. In: Die Zeit – online, verfügbar unter: http://www.zeit.de/2001/11/Politik/200111_society.html, 30. 11. 2001.
- Labour Party Manifesto (1997), verfügbar unter: <http://www.labour.org.uk/lp/new/labour/docs/MANIFESTO>, 1. 11. 1999.
- Mahnkopf, Birgit (2001) *Gerecht ist, was effizient macht oder: Die Entdeckung produktionsorientierter Ungleichheit durch die neue Sozialdemokratie*. In: Altwater, Elmar et al. (Hg.). *Neoliberalismus, Militarismus, Rechtsextremismus*. Wien, 85-111.

- Mandelson, Peter/ Liddle, Roger (1996) *The Blair Revolution. Can New Labour Deliver?* London.
- Mouffe, Chantal (1999) *Vorreiter Hinkebein*.
In: Falter. Zeitschrift für Politik und Kultur, Nr. 45, 16-17.
- Nolte, Paul (2001) *Unsere Klassengesellschaft*.
In: Die Zeit, 4. 1. 2001, 7.
- Sandner, Günther (2000) *Halbierter Sozialismus oder: Die politische Theorie des dritten Weges*.
In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 29. Jg., Nr. 1, 93-107.
- Schaeffer, Roland (1998) *Über Neoliberalismus*,
verfügbar unter: <http://www.oeko-net/kommune/kommune4-98/kolrola4.html>, 1. 12. 2001.
- Schröder, Gerhard/ Blair, Tony (1999) *Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten*.
In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7, 887-896.
- Sennett, Richard (1998) *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*. Berlin.
- stern-online (2001) verfügbar unter: http://www.stern.de/politik/koepfe/4803_33399.html, 1. 12. 2001.
- Stöger, Roman (1997) *Der neoliberale Staat. Entwicklung einer zukunftsfähigen Staatstheorie*. Wiesbaden.